Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934
1919

131 (8.11.1919)

Visual Library

Erscheint
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen
monatlich 93 Pfennig
am Postschalter abgeholt,
durch den Briefträger und
unsere Austräger
frei ins Haus gebracht
monatlich 1 Mk.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Geschäftszeit 1/28—5 Uhr,
Sonntags geschlossen.

Fernsprechanschluß Nr. 11.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung

Gegründet 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Aelteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen
kosten im Anzeigenteil die Petitzeile (42 mm breit) 30 Pfg., bei Platzvorschrift 35 Pfg im textlichen Teil (87 mm breit) 60 Pfg, an erster Stelle 70 Pfg. Bei Wiederholung tariffester Rabatt, der bei Nichteinhaltung des Zieles, bei gerichtlichen Betreibungen und bei Konkursen außer Kraft tritt. Erfüllungsort Sinsheim.

Schluß d. Anzeigenannahme
8 Uhr vorm., umfangreichere Anzeigen wollen Tags zuvor aufgegeben werden.

Postscheck-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

№ 131. Samstag, den 8. November 1919. 80. Jahrgang

Das Wichtigste.

Die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen gibt die Bedingungen bekannt, unter denen sich in nächster Zeit der Arbeiterverkehr auf den badischen Bahnen abwickeln wird.

*

In Karlsruhe tritt eine deutsch-französische Konferenz zur Beratung über die Ersatzansprüche der aus Elsaß Lothringen Vertriebenen zusammen.

*

Zwischen Einwohnern von Marlen im besetzten Brückenkopfgebiet von Kehl und französischen Soldaten ist es zu großen Schlägereien gekommen. Ein französischer Soldat erhielt einen Messerstich.

*

In Mannheim haben 86 Prozent der Metallarbeiter sich für den Ausstand erklärt. Dagegen sind die mehrheitssozialistischen Verkehrsarbeiter in Berlin geschlossen gegen den Generalstreik eingetreten.

*

Die deutsche Regierung trifft Maßnahmen für den Jahrestag der bolschewistischen Revolution am 7. November.

*

Anläßlich der Gefährdung der Kohlen- und Kartoffel-Versorgung mahnt die Reichsregierung in einem Aufruf, gemeinsam mitzuarbeiten an der Steigerung der Erzeugung und Beförderung.

*

Der Oberste Rat fordert Deutschland in einer Note zur Teilnahme an der Aufstellung des ersten Protokolls des Friedensvertrages auf. Vorher aber soll Deutschland zu Protokoll geben, daß es sich zur genauen Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen verpflichtet.

*

Die Deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft gedenkt monatlich 50000 Tonnen Petroleum nach Deutschland einführen zu können.

*

Clemenceau gab in seiner Rede in Straßburg seiner Genugtuung über die Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens mit Frankreich Ausdruck.

*

In ganz Aegypten ist die Revolution ausgebrochen. Alle Teile des Landes stehen im Kampf gegen die Engländer.

Die neue Erpressernote.

W **Berlin**, 4. Nov. Der deutschen Friedensdelegation in Paris wurde eine Note des Obersten Rates überreicht, in der gesagt wird, daß der vorgesehene Zeitpunkt zur ersten Protokollierung gekommen sei. Das Protokoll könne aber erst ganz ausgestellt werden, wenn die Pflichten, die Deutschland durch den Waffenstillstandsvertrag übernommen habe, genauer präzisiert seien. Deutschland habe eine Anzahl dieser Verpflichtungen noch nicht erfüllt. So hätte noch die **Ablieferung von Lokomotiven und Wagen zu erfolgen.** Die in Rußland befindlichen deutschen Truppen seien noch nicht zurückgezogen. Die Verzeichnisse über die von den Deutschen beschlagnahmten Gelder und Werte seien noch nicht übergeben. Die deutschen Schiffe in Scapa Flow seien zerstört worden, auch in anderen Fällen seien die Verpflichtungen noch nicht erfüllt. Für die weitere ungenaue Ablieferung würden Strafbestimmungen aufgestellt. Weiter müsse Deutschland für die versenkten Schiffe 5 **leichte Kreuzer und weitere 400 000 Tonnen an Schiffsraum abliefern,** darunter 5 schwimmende Docks, Kähne, Schlepper und Bagger. Die Besatzung von Scapa Flow werde zurückbehalten. Für weitere Fälle werden strenge Maßnahmen angedroht. Bis zum 10. November sind bevollmächtigte Vertreter der deutschen Regierung nach Paris zu entsenden, welche mit den Vertretern der Alliierten über die Uebergangsbestimmungen für das besetzte Gebiet usw. zu verhandeln haben.

Gegen die Räubertaktik der Feinde.

Die deutsche Regierung hat der Entente eine Note zugehen lassen die folgenden Sachverhalt betrifft: „Deutschland hat bereits in den Jahren 1915—16 an Holland fünf im Bau befindliche Handelsschiffe rechtsverbindlich verkauft. Die Alliierten haben am 17. November 1918 eine Zirkulardepesche an die Neutralen gesandt, wonach die während des Krieges erfolgte Uebertragung feindlichen (also deutschen usw.) Schiffsraums an die Neutralen nicht anerkannt werden könne. In Verfolgung dieses bisher unbekannten willkürlichen und rechtswidrigen Verfahrens, urälteste Gebräuche des Handelsrechts zu Bestandteilen ihrer Gewaltpolitik zu machen, haben die Alliierten von Deutschland die Auslieferung der bereits verkauften Schiffe verlangt. Die deutsche Note schließt dann nach einer Zurückweisung dieser Zumutung in sehr vornehmer und geschickter Weise: „Da die deutsche Regierung bei ihrem Verhalten lediglich von dem Gedanken geleitet wird, den Rechten der Neutralen gebührende Rücksicht zu schenken, erklärt sie sich bereit, sich einer **schiedsrichterlichen Entscheidung** über die nationale Zugehörigkeit der 5 Schiffe und der Gültigkeit der Uebertragung auch dann zu unterwerfen, wenn sie von der hiesigen Stellungnahme abweichen sollte."

Die Unterzeichnung des Ratifizierungs-Protokolls.

Clemenceaus Einladung an die deutsche Regierung.

Berlin, 5. Nov. Herr Clemenceau hat der deutschen Regierung am 3. November eine Note übersandt, in der er sie auffordert, nachdem die Vorbedingungen erfüllt seien, einen zur Unterzeichnung des Protokolls über die Niederlegung der Ratifikation **bevollmächtigten Vertreter an dem demnächst zu bestimmenden Tag nach Paris zu senden** und ihn gleichzeitig zur Unterzeichnung des der Note beiliegenden zweiten Protokolls zu bevollmächtigten das die Regelung der von Deutschland durch das Waffenstillstandsabkommen und die Zusatzverträge übernommenen, noch nicht erfüllten Verpflichtungen betrifft.

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 5. Nov. Die neue Note der Entente führt 11 Waffenstillstandsbedingungen an, die noch ganz oder teilweise nicht erfüllt seien. Ohne der amtlichen Stellungnahme zu diesem neuen Erpressungsversuch vorgreifen zu wollen — die Sitzung des Reichskabinetts findet erst morgen statt —, kann doch schon heute so viel gesagt werden, daß eine widerspruchsloses Beugen vor diesem Gewaltakt **die schlimmsten Folgen für unsere innere und ausländische politische Lage nach sie ziehen müsse.** Was die Note uns zumutet, ist nicht ausführbar. Wenn in der Note behauptet wird, daß wir den Konflikt im Baltikum heraufbeschworen hätten, so schlägt das den Tatsachen ins Gesicht. Als wir seinerzeit der Entente den Vorschlag unterbreiteten, unsere Truppen aus dem Baltikum zurückzuziehen, bestanden die Verbündeten darauf, daß der deutsche Schutzwall gegen den Bolschewismus im Osten weiter bestehe. Eine Schuld der deutschen Regierung in diesem Falle besteht nicht. Die deutsche Regierung hat alles, was in ihrer Macht stand, getan, um den Konflikt im Baltikum aus der Welt zu schaffen. Wenn uns die Entente uns jetzt Nichterfüllung der Vertragsbedingungen vorwirft, so geschieht dies im wesentlichen darum, weil die Franzosen nicht auf das Recht verzichten wollen, ihren Vormarsch in deutsche Gebiete auszudehnen, bis der letzte Streifen deutschen Bodens besetzt ist, der den Franzosen wirtschaftlich zum Vorteil ist. Mit der gleichen Schärfe wie der Vorwurf in der baltischen Frage muß man auch das Ansinnen, Deutschland solle für die in Scapaflow vernichteten Schiffe Ersatz leisten, zurückweisen. Admiral Reuter hat pflichtgemäß den Befehl zur Vernichtung der Schiffe erteilt, da er annahm, daß der Waffenstillstand abgelaufen sei. Es ist ein Vergehen auf englischer Seite. Es gibt wohl kein Volk, welches sich so sehr bemüht hat, die Friedensbedingungen zu erfüllen, wie das deutsche Volk.

Wenn jetzt, ein Jahr nach Abschluß des Waffenstillstandes noch mit solchen Repressalien gedroht wird, so ist das nur ein erneuter Beweis dafür, daß auf der anderen Seite **noch keine Wille zur Verständigung und Völkerversöhnung** vorhanden ist und der Besiegte den Uebermut des Siegers bis zur Neige auskosten soll.

Das Echo der Presse.

Berlin, 5. Nov. Die fortschrittliche „Voss. Ztg." schreibt zu der Note des Obersten Rates: Bereits heute sei auf den Charakter der sogenannten „Strafbedingungen" hingewiesen. Schon die Tatsache daß in den Beziehungen von Völkern, die in nächster Zeit in normale friedliche Beziehungen zueinander treten sollen, von Strafbedingungen die Rede ist, beleuchtet die Geistesrichtung der Leute, die eine Zeit der Versöhnung heraufzuführen versprochen haben. In Wahrheit handelt es sich bei diesen sogenannten Strafbedingungen um nichts anderes, als um einen neuen Vorwand, Deutschland gerade die Bedingungen wegzunehmen die England zur Wiederherstellung seiner Vormacht zur See brauchen kann.

Der rechtsstehende „Lokal-Anzeiger" schreibt: „Nachdem die Entente nach dem Muster der Inquisition **ein Schuldbekenntnis von uns erpreßt** hat, glaubt sie sich berechtigt, uns dauernd neue Buße aufzuerlegen. Mit ihrem unbegrenztem Erfindungsreichtum konstruiert sie, um ihrem barbarischen Uebermut ein Mäntelchen umzuhängen, immer neue deutsche Verfehlungen. Wir müssen es heute in unserer Ohnmacht dulden, aber die Zeiten werden sich ändern, und wenn die Welt wieder zur Besinnung kommt, dann werden nicht wir, sondern unsere Feinde, die, jeder Schambar ihre Kräfte sinnlos walten lassen, am Schandpfahl stehen."

Eine deutsch-französische Konferenz in Karlsruhe.

Karlsruhe, 6. Nov. Gestern vormittag ist hier eine französische Abordnung eingetroffen, ferner sind im Laufe des Tages aus Berlin Vertreter der Reichsregierung und der Referent des Auswärtigen Amtes angekommen, um mit den französischen Abgesandten in Verhandlungen zu treten bezüglich der Behandlung des Eigentums der vertriebenen Elsaß-Lothringer. Wie wir hören, werden die Besprechungen im Laufe des heutigen Tages beginnen und namentlich wird die Frage der Freigabe der Möbel soweit solche noch vorhanden sind, gegen eine durch das Reich den Franzosen zu leistende Entschädigung zur Sprache kommen.

Die Tat von Scapa Flow.

Kein deutscher Offizier wird zur Verantwortung gezogen.

Berlin, 4. Nov. Einem Timesbericht zufolge hat nach einer Rotterdamer Meldung, der Rat in Paris ausdrücklich bestimmt, daß kein einziger deutscher Offizier für die Versenkung der deutschen Schlachtflotte bei Scapa Flow zur Verantwortung gezogen werden soll.

Die Rückkehr aus dem Baltikum.

W **Berlin**, 5. Nov. Von den zu den Russen übergetretenen deutschen Formationen im Baltikum entschlossen sich bisher **5500 Mann zur Heimkehr.** Der Abtransport hat am 3. November in Schaulen begonnen.

Generalmajor v. d. Goltz zur Disposition gestellt.

Berlin, 5. Nov. Generalmajor von der Goltz, der frühere Kommandeur der deutschen Truppen im Baltikum, ist mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt.

Der Kampf um Petersburg.

Helsingfors, 5. Nov. Die finnische Regierung teilte Judenitsch mit, daß **Finnland außerstande sei militärische Hilfe gegen die Bolschewisten zu gewähren.** Sie begründete diese Weigerung mit fehlenden finanziellen sowie militärischen Hilfsquellen. Weiterhin wird hervorgehoben, daß die Entente Finnland weder offiziell unterstützt, noch ökonomische und militärisch-technische Hilfe verspricht. Dagegen finden Verhandlungen über eine freiwillige militärische Hilfe Finnlands statt.

Aus dem Untersuchungsausschuß.

Bethmann-Hollweg über den uneingeschränkten U-Bootkrieg.

Berlin, 5. Nov. Zu Beginn der heutigen Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses verwies Graf Bernstorff auf die Tatsache daß infolge der Absperrung Deutschlands große technische Schwierigkeiten bestanden, um unsere Anschauung von der Lage vor das amerikanische Publikum zu bringen. Wilson wurde wieder gewählt unter der Parole, daß er das Land von dem Krieg ferngehalten habe. Unter der Oberfläche war verbreitet worden, daß Wilson den Frieden wieder herzustellen versuchen werde, womit sich die gesamte Presse, besonders auch die Hearstpresse einverstanden erklärte. Im Gegensatz zu Staatssekretär Zimmermann, der erklärt hat, daß die Ansicht bestehe, die Wilsonsche Friedenspolitik stände unter englischem Einfluß, sagte Graf Bernstorff weiter, daß in Amerika, als Wilson mit seiner Aktion hervortrat, durchaus die Anschauung herrsche daß sie unter deutschem Einfluß erfolgte. Reichsminister Dr. David fragte, aus welchen Gründen Zimmermann annehmen zu können glaubte, daß die Friedensaktion Wilsons von England angeregt worden sei, und weiter: Wußte Hindenburg, daß die Friedensaktion Wilsons von der deutschen politischen Leitung angeregt worden ist? Hierauf bat Konsul Müller, von einer Erörterung dieser Dinge in öffentlicher Verhandlung abzusehen, da die Vorgänge die Neutralen berührten und leicht unrichtige Schlüsse möglich seien.

Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit erklärte Graf Bernstorff auf die Frage von Professor Dietrich Schäfer, welchen Treibereien Professor Münsterberg durch englische Elemente in den Vereinigten Staaten ausgesetzt war, daß Münsterberg einem Schlaganfall erlegen sei, nachdem er gesellschaftlich und politisch boykottiert worden war. — Es folgte die Erörterung der Frage des **rücksichtslosen U-Bootkrieges** und der Gründe, die für die Reichsleitung dafür ausschlaggebend waren. v. Bethmann Hollweg führte aus: Zu Anfang 1917 lag die Ueberzeugung der militärischen Stellen vor, daß ohne den rücksichtslosen U-Bootkrieg der Krieg nicht zu einem guten Ende geführt werden könne. Für mich lag die Ueberzeugung vor, nicht in Aussicht stellen zu können, daß der Krieg in anderer Weise beendet werde. Da mußte, erklärte v. Bethmann Hollweg mit erhobener Stimme, eine Entscheidung gefällt werden. Ich bin noch heute der Ansicht, daß ich recht handelte, wenn ich dem Kaiser nicht raten zu können glaubte, sich in Widerspruch seiner militärischen Ratgeber zu setzen. Auf den Hinweis von Minister Dr. David, daß, wenn der U-Bootkrieg nicht verhindert werden konnte, er wenigstens hätte hinausgeschoben werden können, betonte v. Bethmann Hollweg, eine Zwangslage habe nicht nur für ihn, sondern auch für die Oberste Heeresleitung bestanden, die der Auffassung war, daß eine siegreiche Beendigung des Krieges zu Lande ohne Hinzunahme des rücksichtslosen U-Bootkrieges nicht möglich wäre. Der Schaden des U-Bootkrieges war Anfang 1917 natürlich viel größer als Mitte 1916. Die Zahl der Boote war beträchtlich gestiegen. Die Mitteilung in der Depesche an Wilson von der technischen Unmöglichkeit, die einmal ausgefahrenen Boote zurückzurufen, stammte von Admiral von Holtzendorf im Großen Hauptquartier.

Der Schluß der heutigen Sitzung wird nicht veröffentlicht, da Angelegenheiten einer neutralen Macht zur Verhandlung stehen.

Die Schuldfrage.

Berlin 6. Nov. Adolf von Harnack, der gefeierte Theologe der Berliner Universität, veröffentlicht heute in der Deutschen Allgemeinen Zeitung einen offenen Brief an den Herrn Clemenceau in der Angelegenheit des Manifestes der sogenannten 93 deutschen Intellektuellen. Adolf von Harnack knüpft an Clemenceaus Wort an, das den Satz in dem Manifest „es ist nicht wahr, daß Deutschland diesen Krieg verschuldet hat, weder das deutsche Volk hat ihn gewollt, noch die Regierung, noch der Kaiser". als den schlimmsten bezeichnet. Auf diesen Satz meint Harnack, käme es in der Tat an. Alles übrige erkläre sich lediglich aus dem geschichtlichen und psychologischen Moment, in dem das Manifest verfaßt wurde. Was aber die Schuld am Kriege anginge, so hätten die Deutschen alles getan um die Erkenntnis der Wahrheit zu ermöglichen. Harnack fordert Clemenceau auf, für ähnliche Offenheit zu sorgen und auch **die französischen Archive zu öffnen.**

Die Versorgungskrise.

Berlin, 4. Nov. Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf: Volksgenossen! Die ungeheure Not in der Kohlenversorgung und die große Gefahr der Kartoffelnot in den Städten haben die Reichsregierung gezwungen, den gesamten Personenverkehr auf den Eisenbahnen für vorläufig 11 Tage zu unterbinden und die **Verkehrsmittel allein in den Dienst der Kohlen- und Kartoffelbeschaffung zu stellen.** Aber diese einschneidende Maßnahme kann nur Erfolg haben, wenn in diesen Tagen zugleich **alle Kräfte zur Erzeugung und Beförderung von Kohle und Kartoffeln aufs höchste angespannt werden.** Darum, Bergleute, steigert weiter die Kohlenbeförderung, Landwirte liefert Kartoffeln ab, Arbeiter und Unternehmer des Verkehrsgewerbes, sorgt für rascheste Abfuhr, Eisenbahner in Betrieb und Werkstätten verwendet alle Kraft auf höchste Leistungsfähigkeit der Eisenbahn! 11 Tage lang müssen Kohle und Kartoffeln unaufhörlich durch ganz Deutschland rollen, ein Volksgenosse muß dem anderen helfen, alle müssen für das Gemeinsame arbeiten. Wenn sich in diesen 11 Tagen unsere Hoffnungen erfüllen, dann können wir dem kommenden Winter mit all seiner Schwere und seinen Anforderungen ruhiger entgegensehen als heute.

Die Verkehrssperre.

Berlin, 4. Nov. Der Eisenbahnminister Oeser äußerte sich einem Pressevertreter gegenüber über die Durchführung der 11tägigen Verkehrssperre. Oeser erklärte u. a.: Den Personenverkehr durch Anhängen von Personenwagen an Güterzüge aufrecht zu erhalten ist ganz ausgeschlossen, da eine solche Maßnahme geradezu geeignet wäre den Güterverkehr zu erschweren Falls sich die Notwendigkeit für den Reiseverkehr deutscher und ausländischer Missionen und von Regierungsvertretern ergibt, wird ein Wagen an einen Eilgüterzug angehängt werden müssen. Der Postdurchgangsverkehr wird ganz auf die Eilgüterzüge verwiesen werden müssen. Postsonderzüge werden nicht eingelegt. Der Milchverkehr aller Großstädte wird unbedingt aufrecht erhalten. Die Transporte der Kriegsgefangenen und der Flüchtlinge aus dem Osten werden selbstverständlich weiter gefahren, aber nur als Sonderzüge. Ueber den Nutzen der Sperre spricht sich der Minister sehr zuversichtlich aus. Der Nutzen wird in der Freimachung zahlreicher Lokomotiven für den Güterverkehr bestehen und in der Kohlenersparnis, die trotz der Vermehrung der Eilgüterzüge zu erwarten sei. Die **Kartoffelversorgung wird gebessert und vor allem die Kohlenversorgung**, über die Oeser

sagte: Ich hoffe bestimmt, nicht nur die täglich geförderten Kohlen abfahren zu können sondern auch die großen Vorräte der Halden; doch erwarte ich auch, daß die für die Kohlenverteilung zuständigen Stellen die Zeit dazu benutzen, die Eisenbahn selber besser mit Kohlen zu versorgen; denn mehr und vor allem bessere Kohlen sind die Voraussetzung, daß wir leistungsfähig bleiben.

Der Arbeiterverkehr auf den badischen Bahnen.

Karlsruhe, 4. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen wird trotz der Verkehrssperre den **Arbeiterverkehr in der laufenden Woche noch aufrechterhalten, soweit er sich unter Benutzung von Wochenkarten abwickelt.** Auch für die nächste Woche ist zunächst die Aufrechterhaltung des Arbeiterverkehrs noch in Aussicht genommen. Um aber Mißbräuchen mit den Arbeiterwochenkarten vorzubeugen werden diese nur an Personen abgegeben, die eine Bescheinigung auf einem von der Generaldirektion ausgegebenen Vordruck ihres Arbeitgebers beibringen. Die Möglichkeit liegt aber sehr nahe, daß die Generaldirektion infolge Kohlenmangels nicht in der Lage ist, in der kommenden Woche den ganzen Arbeiterverkehr durchzuführen. Im Falle weiterer Einschränkungen werden zur Beförderung nur Arbeiter zugelassen, die in Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, in Lebensmittelbetrieben insbesondere Mühlen, Nährmittelfabriken sowie in solchen Betrieben tätig sind, die Lokomotiv- oder Eisenbahnwagen herstellen oder ausbessern oder einzelne Bestandteile für den Eisenbahnbedarf erzeugen. Der hiernach umgrenzte Kreis von Arbeitern muß besondere Ausweiskarten erhalten. Betriebe, die sich wegen der Ablehnung von Bescheinigungen beschweren wollen, wenden sich an das Gewerbeaufsichtsamt. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Beschränkung des Arbeiterverkehrs auf die mit Ausweisen versehenen Personen nur im äußersten Notfalle in Kraft treten wird und daß die Gewerbebetriebe mit denjenigen Arbeitskräften, die am Betriebssitz wohnen oder die Fabrik ohne Benützung der Eisenbahn erreichen können unter allen Umständen weitergeführt werden sollen. **Schülerkarten haben ohne weiteres Geltung.**

Die Matrikularbeiträge.

Berlin, 4. Nov. Der Nationalversammlung ist eine Zusammenstellung der nach dem Reichshaushaltplan für 1919 zu leistenden Matrikularbeiträge zugegangen, die ein Bild von der Wirkung der neuen Reichssteuern gibt. Während nach dem Etat für 1918 sämtliche Bundesstaaten zusammen 245 958 224 Mark zu zahlen hatten, betragen die gesamten Matrikularbeiträge für 1919 nur 48 540 750 Mark, also 197 417 474 Mark weniger, was darauf zurückzuführen ist, daß das Reich den größten Teil der bundesstaatlichen Steuerquelle selbst ausbeutet. **Baden zahlt statt 8 177 838 Mark 1 700 093 Mark,** also weniger 6 477 795 Mark. Bemerkenswert ist, daß auch ein elsaß-lothringischer Beitrag von 6224 Mark noch vorgesehen ist, der nach einer Fußnote vom Reich übernommen wird.

Die Sparprämienanleihe.

Berlin, 5. Nov. Aufgrund des Gesetzes der Verfassunggebenden Nationalversammlung § 2 vom 29. August 1919 und mit Zustimmung des Zehnerausschusses der Nationalversammlung ist der Reichsfinanzminister ermächtigt worden, eine deutsche **Sparprämienanleihe im Betrage von fünf Milliarden Mark aufzulegen.** Der Reichsfinanzminister hat dementsprechend angeordnet, daß die Anleihe vom Montag, den 10. Nov., bis Mittwoch den 26. Nov., mittags 1 Uhr aufgelegt wird und daß Zeichnungen durch Vermittlung jeder Bank, jedes Bankiers, jeder Sparkasse und jeder Kreditgenossenschaft erfolgen können.

Die Ablieferung von Milchkühen.

Berlin, 4. Nov. Die demokratischen Abgeordneten Brotaus und Schneider haben folgende kleine Anfrage an die Regierung gerichtet: Nach den Friedensbedingungen hat Deutschland 140 000 Milchkühe und 10 000 Ziegen an Frankreich und Belgien zu liefern, und zwar muß dies bereits binnen dreier Monate nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages geschehen. Bei der noch völlig unzureichenden Versorgung unserer Bevölkerung mit Milch und Milchprodukten würde die Ablieferung von **Milchvieh die allerschwersten Nachteile für die Volksgesundheit** nach sich ziehen. Es verlautet, daß die deutsche Regierung angeboten hat, an Stelle der Auslieferung von Milchkühen deren Wert zu ersetzen. Andererseits ist Beunruhigung namentlich in der Landwirtschaft, durch die Nachricht eingetreten, daß die Anzahl der abzuliefernden Milchkühe bereits auf die einzelnen Staaten umgelegt worden sei. Ist die Regierung in der Lage, Mitteilungen zu machen über die Schritte, welche zur Abwendung der alsbaldigen Ablieferung von Milkühen unternommen worden sind, sowie über den Erfolg solcher Schritte?

Hoffnungsloser Zustand des Abg. Haase.

Berlin, 5. Nov. Die Aerzte geben nunmehr die Hoffnung auf, das Leben des Abgeordneten Haase retten zu können. Nach Ansicht der Aerzte können noch einige Tage bis zum Eintritt der Katastrophe vergehen, da Haase eine sehr gute Konstitution besitzt.

Regierungsmaßnahmen für den 7. November.

Berlin, 5. Nov. Es scheint, daß die Radikalsten der Radikalen zum 7. November wieder einmal eine Aktion planen. Vorläufig sind es freilich nur Pläne. Aber immerhin ist es bezeichnend, daß die Kommunisten an ihre unterirdischen Zentralstellen den Befehl erlassen haben, den Jahrestag der bolschewistischen Revolution am 7. November durch einen Demonstrationsstreik und anschließenden Putschversuch zu begehen. Die Kommunisten haben die Unabhängigen zu einer gemeinsamen Aktion aufgefordert. Diese haben sich noch nicht geäußert. Wie indes ihr Spruch auch ausfallen mag, an unterrichteter Stelle wird uns versichert, daß die Regierung sich stark genug fühle, den Putschversuch im Keime zu ersticken. Am 7. November bleiben alle Demonstrationszüge und unangemeldeten Versammlungen verboten. An diesem Tag wird der **Belagerungszustand in vollem Umfange aufrecht erhalten.** Die geheimen Vorgänge hinter den Kulissen der beiden radikalen Parteileitungen sind aber nicht allein für den 7. November von Bedeutung, sondern auch für den weiteren Verlauf des Metallarbeiterstreiks, der jetzt nur noch unter dem Gesichtspunkt zu betrachten ist, daß man jetzt mit aller Gewalt den Bogen überspannt und der Lohnstreit zum Kampfruf für den 7. November werden soll. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium sind auf einem toten Punkt angelangt. Es bleibt nur die Hoffnung, daß Minister Schlicke mehr als bisher aus seiner Reserve heraustritt und den Spruch des Schlichtungsausschusses doch noch zur Geltung bringt.

Revolutionsfeier in München.

München, 5. Nov. Der Kampf, das Organ der Münchener U. S. P., teilt heute über die Revolutionsfeier folgendes mit: Die Betriebsräte haben sich in ihrer Versammlung vom 4. Nov. dahin entschieden, am 8. November den Gedenktag der revolutionären Begründung des Freistaates Bayern durch Arbeitsruhe zu feiern. Der Parteirat hat sich dem Beschluß der Betriebsräte, der im wesentlichen durch die Partei der Rechtssozialisten mit bestimmt wurde, im Interesse einer einheitlichen Aktion des gesamten Münchner Proletariats angeschlossen. Der Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes der Revolutionsfeier auf den Sonntag, den 9. November, zu verlegen, hat also in München nichts gefruchtet. Der Münchener Beschluß ist mit der Proklamierung eines eintägigen Generalstreiks gleichbedeutend.

Ein Protest der Schiffsbau-Industrie.

Aus den Kundgebungen die bisher der Reichsregierung zugegangen sind, verdient ein Telegramm des Werftausschusses Hamburg hervorgehoben zu werden, in dem es heißt: Die Auslieferung von Schwimmdocks usw. aus den deutschen Werften würde die letzte Möglichkeit vernichten, eine geregelte Arbeit auch in beschränktem Umfange aufrechtzuerhalten. Bei dem katastrophalen Mangel an Schiffsbaumaterial ist die Arbeit an Dockungen und Reparaturen derzeit die einzige Möglichkeit, weitere Arbeitseinstellungen zu verhindern. Erbitten daher unbedingte Ablehnung der Ententeforderungen und verweisen namens der Schiffsbauindistrie und ihrer Arbeiterschaft auf die unausbleiblich tödliche Wirkung eines etwaigen Nachgebens in diesem Punkte.

Flensburg und das Deutschtum.

Berlin 6. Nov. Der Reichsminister Bauer sprach sich in Flensburg einem Vertreter der „Deutschen Allg. Ztg." gegenüber mit Befriedigung über die gute und zuversichtliche **Stimmung unter den Deutschen in der Nordmark aus.** Es war die Pflicht der Reichsregierung, sagte er, unseren deutschen Landsleuten in Schlesien zu zeigen, daß man in ganz Deutschland die Auseinandersetzung im Norden mit herzlicher Anteilnahme verfolgt und sie nicht über alle anderen Sorgen vergißt. **Ein dänisches Flensburg** wäre der Anfang eines neuen und **verschärften Zwistes.** Hier werden, wie ich hoffe unsere Schleswigschen Volksgenossen die besten Pioniere einer endgültigen Verständigung sein indem sie mit dem Stimmzettel ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche vertreten und damit gleichzeitig dem Nationalitätenprinzip zum Siege verhelfen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Schlägerei zwischen Einwohnern und französischen Soldaten.

dc **Kehl**, 5. Nov In Marlen im besetzten Brückenkopfgebiet von Kehl ist es zwischen mehreren Bewohnern und französischen Soldaten zu einer Schlägerei gekommen, in deren Verlauf ein französischer Soldat einen Messerstich erhielt. Der Kommandant hat über Marlen den Kriegszustand verhängt und scharfe Maßnahmen den Einwohnern gegenüber ergriffen. Eine Anzahl an der Schlägerei beteiligter Personen ist von den Franzosen verhaftet worden.

General Degoutte und die Wohnungsnot in der Pfalz.

Ludwigshafen, 5. Nov. Der französische Oberkommandierende der Rheinarmee General Degoutte hat das Ersuchen zahlreicher Städte und Gemeinden der französischen Besatzungszone ein Verbot oder eine Einschränkung der Zureise französischer Familien in das besetzte Gebiet mit Rücksicht auf die außerordentliche Wohnungsnot zu verfügen, abschlägig beschieden. Der Oberkommandierende der englischen Rheinarmee hat jetzt eine Verordnung erlassen, welche sich **gegen das Ueberhandnehmen von Vergnügungsreisen am Rhein durch die Besatzungtruppen wendet.**

Baerischer Protest gegen die Gewalttaten in der Pfalz.

München, 6. Nov. Die empörenden Gewalttätigkeiten der französischen Besatzung in der Pfalz mehren sich in der letzten Zeit in der bedenklichen Weise. Es sind im Verlaufe von 14 Tagen nicht weniger als 3 deutsche Personen durch Schüsse getötet worden. Deshalb hat die bayerische Regierung an das Auswärtige Amt das Ersuchen gerichtet, wegen dieser Vorkommnisse Protest zu erheben, die schärfste Bestrafung der Schuldigen, die Bekanntgabe der Bestrafungen und Sühne für die Bluttaten zu verlangen.

Französische Unverschämtheiten.

Frankfurt, 5. Nov. Ueber den Grund der Ausweisung des Oberbürgermeisters von Wiesbaden erfährt die Frankfurter „Volksstimme": Die französische Militärbehörde zwang die Stadt Wiesbaden kürzlich, ein Bordell für die französischen Soldaten auf Kosten der Steuerzahler einzurichten. Oberbürgermeister Dr. Gläßing erhob gegen diese Anordnung vergeblich Einspruch, mußte sich aber fügen. Darauf wurde er vom Oberbefehlshaber der alliierten Armee seines Amtes enthoben und aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen.

Ueber 30 000 Schieber im besetzten Rheinland.

Köln, 5. Nov. Die Information" erfährt von hier, daß man gegenwärtig noch in Köln mit einer Zahl von über 1500 Großschiebern vorwiegend deutscher, französischer und belgischer Nationalität und etwa 30 000 Kleinschiebern rechnet, welche die Waren aus dem Hauptreservoir des Rheinlands in die einzelnen Kanäle leiten. Auch Kölner Gymnasiasten sollen sich in letzter Zeit an den großen Zigarettenschiebungen nach Deutschland beteiligt und damit in Zusammenhang über Banknoten bis zu 20 000 M. verfügt haben. Die **französischen Militärbehörden stehen in der Volksmeinung in dem Verdacht einer Begünstigung dieses Schiebertums,** während es von den Engländern heißt daß sie aufrichtig zu dessen Bekämpfung bereit seien.

Clemenceau in Straßburg.

Berlin 5. Nov. In seiner Rede in Straßburg führte Clemenceau u. a. aus: So ist das Werk vollendet und das einst von Frankreich losgelöste Elsaß-Lothringen wieder geboren. Clemenceau gab dann eine Schilderung der Tätigkeit der Friedenskonferenz, erinnerte daran wie die Konferenz auf ihrer Suche nach dem Recht Schritte zur Befreiung der Rasseminderheiten und zur Abfassung einer internationalen Arbeitergesetzgebung getan habe. Sie habe versucht, das Gute zu erreichen und das werde ihr stets zur Ehre gereichen. Die Konferenz dürfe sagen, daß sie eine Arbeit beendet habe die eine **ruhmreiche Seite in der Geschichte des Volkes bilden werde.** Clemenceau erklärte weiter, daß der Frankreich zugestandene Schadenersatz nur klein sei. Die Besprechungen über diesen Punkt seien aber noch nicht beendet und es wäre eine Beleidigung der Alliierten, wenn Frankreich an einem Teilerfolg zweifeln wolle.

Streiks und Gewalttätigkeiten.

Der Streik in der Mannheimer Metallindustrie.

Mannheim, 5. Nov. Nach der endgültigen Auszählung haben sich an der heute vormittag in den Betrieben der Metallindustrie vorgenommenen geheimen Abstimmung etwa 4500 Angestellte beteiligt. Für den Ausstand, der heute nacht um 12 Uhr beginnt, stimmten 86 Prozent.

Metallarbeiterstreik im Oberelsaß.

Straßburg, 5. Nov. Wie die Neuesten Nachrichten melden, ist im Oberelsaß ein Streik der **Metallarbeiter ausgebrochen.** Die Streiklust unter der oberelsässischen Arbeiterschaft ist fortwährend groß. Die Straßburger chauvinistischen Blätter fahren mit ihrer Behauptung fort, daß im Oberelsaß eine aufreizende Agitation unter den Arbeitern durch deutsche und bolschewistische Agenten getrieben werde und fordern hiergegen schärfste Maßnahmen.

Einmütige Kundgebung gegen den Generalstreik.

Berlin, 5. Nov. Die mehrheitssozialistischen Verkehrsarbeiter Großberlins erklärten sich gestern in einer stark besuchten Versammlung **geschlossen gegen eine Beteiligung an dem proklamierten Generalstreik.** Es werde von der Majorität der Angestellten trotz des Terrors der Minderheit der Dienst aufrecht erhalten werden. Gerade auch in den Kreisen der jüngeren Arbeiterschaft sei die Stimmung in letzter Zeit vollständig gegen einen neuen Streik umgeschlagen.

Erbitterter Kampf zwischen Streikenden und Truppen.

Wien, 5. Nov. In Trifail (Südsteiermark), wo 25 000 Bergarbeiter im Streik stehen, kam es heute zwischen den Streikenden und südslawischen Truppen zu blutigen Kämpfen. Die Zahl der Toten soll sechshundert betragen. Die Streikenden sind mit Maschinengewehren sowie Handwaffen gut ausgerüstet. Sie verlangen die Sozialisierung der Bergwerke, Absetzung der Dynastie Karageorgewitsch sowie Ausrufung der Republik. Sie sind fest entschlossen, Kohlentransporte nach Belgrad zu verhindern.

Die Töchter der Frau Konsul.

Roman von Fritz Gantzer.

20 Nachdruck verboten.

Aber scheu senkten sich ihre Augen, als sie das trotzig Abweisende in Reginens Gesicht fand. Und nach einem letzten Zögern schloß sie sich den Voraufgehenden an. In der Tür blickte sich noch einmal zurück und zauderte, sie zu schließen Aber als Regine regungslos verharrte, tat sie es doch. Mit einer gewissen Schärfe die einem leisen Unwillen Ausdruck zu verleihen schien.

Nun war Regine in dem weiten Gemach allein. Sie kam sich plötzlich so fremd darin vor. Alle Gegenstände in ihm schienen ihr zuzuraunen: Was willst du hier? Geh! Du gehörst hier nicht her. So geh doch, du Fremde, du Ueberflüssige! Und der im Sterben liegende Tag sah mit brechenden Augen in den Raum daß es sich in alle Winkel wie Todesschatten niederließ. Die Oelgemälde, fast nur Familienporträts in schwervergoldeten Rahmen nahmen verschwommene Umrisse an und schienen Leben zu gewinnen. Alle die Gardings, die sie darstellten, bis auf Christian Georg Garding, den Begründer der Familie, hin, dessen Bildnis angeblich ein echter van Dyck war, schienen mit harten, finsteren Augen Reginens Gesicht zu suchen und drohend ihre Hände gegen sie zu erheben.

Nur einer nicht: Friedrich Garding.

Sein Auge schien zu lächeln. Gütig und freundlich. Und auf seinem Gesicht saugten sich Reginens Blicke fest. Lange hing ihr Auge wie gebannt an den milden Zügen, und ihre Seele hielt innige Zwiesprache mit des teuren Toten Geist, dessen Nähe sie zu empfinden glaubte. Endlich schritt sie auf das Bild zu. Ganz in Flor gehüllt war das Gold seines Rahmens. Und Reginens zitternde Hände kosten mit dem Trauerschmuck tasteten sich dann zu dem lieben Gesicht hin und legten sich mit zärtlichem Drucke über Stirn und Augen, als wolle sie mit ihrem lebenswarmen Blute das Tote erwecken und zu sich holen.

Ihre heiße Stirn neigte sich dem Bilde zu, preßte sich in das dunkle Florgewirr und ruhte lange dort. Eine stille Stärke kam über sie. Ein gewisser Trost senkte sich in ihre Seele.

Es war schon ganz dunkel in dem weiten Raum, als sie sich endlich loslöste und freier und leichter der Tür zuschritt. Ein heller Lichtstreifen quoll vom erleuchteten Flur in das „blaue Zimmer" lief bis zur Wand, wo das Bild mit dem Trauerflor hing, und zeigte Regine bei einem letzten Rückwärtsschauen das milde, freundliche Antlitz so klar und gewiß, daß es wie das eines Lebenden war.

Den ganzen Abend über weilten ihre Gedanken mit tiefer Wehmut bei dem Verstorbenen. Erst jetzt, da es ihr von Tag zu Tag immer fühlbarer gezeigt wurde, daß man sie nicht mehr mochte, daß man nicht vergessen wollte, da fast jede Stunde eine neue Kränkung, ein Hintenansetzen und Beiseiteschieben brachte wurde ihr der Verlust ,den sie mit dem Hinscheiden des Vaters erlitten, in seiner ganzen Größe und Unersetzlichkeit klar. Und ihr ganzes grübelndes Sinnen lief endlich aus in dem Erkennen einer unabwendbaren Notwendigkeit: Ich will und muß fort! Wann, wohin, mit welchen Plänen und Absichten: das alles wußte sie noch nicht . . . .

Da war man auf der anderen Seite mit dem Pläneschmieden schon weiter, hatte man bereits feste Entschlüsse gefaßt und mit ihrer Ausführung begonnen.

. . . . Im Arbeitszimmer des verstorbenen Konsuls war das elektrische Licht angedreht. Georg lag mit aufgestützten Armen wohlig zurückgelehnt im Schreibsessel, blinzelte aus halbgeschlossenen Augen dem sich in bizarren Windungen aufkräuselnden, blaugrünen Rauche seiner Henry Clay nach und hörte etwas gelangweilt den weitschweifigen Ausführungen seiner Frau zu. Vor ihm auf dem Schreibtische lag ein eben vollendetes Schreiben: sein Abschiedsgesuch.

„Nein, Gabriele in der Promenadenstraße auf keinen Fall", warf er plötzlich lebhaft ein. Seine Frau hatte von der zu mietenden Wohnung gesprochen. Den Vorschlag der Konsulin, die obere Etage des Gardingschen Hauses zu beziehen, hatten beide Gatten bereits am Nachmittage mit seltener Einmütigkeit abgelehnt. Weil ihm pietätlose Umwälzungen verhaßt seien. So hatte Georg motiviert. Und Gabriele: „Nein, um alles das nicht, Mama! Jedes für sich. Der Kontakt bleibt ein desto innigerer."

„Weshalb nicht?" fragte sie jetzt auf Georgs Einwurf zurück. „Promenadenstraße 16 wird zum 1. Januar eine geradezu ideale Wohnung frei. Senator Meyersilds ziehen aus. Zehn Zimmer, Remise, Stallung, Garten . . ."

„Nee, nee!" unterbrach er ihre Aufzählung. Gib dir keine Mühe. Das ist mir viel zu weit zum Klub."

„Keine halbe Stunde Georg. Ich bitt' dich!"

„Na, ich danke! Eine kleine Ewigkeit. Also wirklich: für die Promenadenstraße bin ich nicht zu haben. Ich schlage vor: Burgstraße, Fasanenufer, Kastanienallee . . . Alles hübsch im Zentrum. Oper Theater, Klubhaus sozusagen vor der Tür.

„Aber kaum irgendwo ein Garten. Und den muß ich haben. Ein nettes Gartenfest ist ja sonst vollständig ausgeschlossen." Sie schmollte.

„Na, dafür danke ich überhaupt. Lieber zehn Hausbälle als solcher Lampionzauber mit kaltem Büfett und kalten Füßen." Er lachte, da ihm nach seiner Meinung eine witzige Nebeneinanderstellung gelungen war und paffte ein paar starke Züge.

Gabriele kam auf das Wohnungsthema nicht zurück. Sie hatte schon halb überlegt, daß man auch im Salon und Boudoir flirten könne . . . Aber sie sprach nur von Dienerschaft, Wagen, Pferden Toiletten — allen möglichen Neuanschaffungen. Wie aus einer bunten Spielschachtel baute sie ihre Wünsche auf.

Georg nickte zu allem, warf ein kurzes: „Meinetwegen!" oder ein von einem leisen Gähnen begleitetes: „Natürlich!" dazwischen. „Mach', was du willst," sagte er schließlich. Und in Gedanken fuhr er fort: „Ich werde dasselbe tun."

Im schillernden, unruhigen Hin und Her ihrer Wunsch- und Pläneserien sprach Gabriele auch den Namen Schölerkamp aus.

„Du, der alte Schölerkamp," griff Georg das Wort auf, „ist mir ein widerlicher Kerl. Sein ganzes Aeußere berührt mich schon abstoßend. Wie ein fetter gesottener Krebs kommt er mir vor. Dazu hat er keine Lebensart. So ein richtiger Pfeffersack von Anno dazumal. Nebenher ein Protz, einer der mit seiner Tüchtigkeit, seinem Besserwissen einen wahren Kultus treibt. Da wird ja Doris mal einen famosen Schwiegervater bekommen."

Gabriele winkte abwehrend. „Gott, das Kind, Georg! Nimmst du denn diese Liebelei ernsthaft? Ein kleiner Zeitvertreib nichts weiter. Man hat ja als Gör auch so'n bischen geliebelt und jede Primanermütze angeschmachtet. Das verläuft sich nachher wie ein mattes Wässerlein im toten Sand."

„Wie poetisch!" spöttelte Georg. „Uebrigens scheint man bei den direkt Beteiligten über das „Verlaufen" etwas skeptischer zu denken als du. Sonst hätte wohl der alte Pfeffersack seinen Filius nicht über die Grenze abgeschoben, und Jungfer Doris würde nicht seit der gewaltsamen Trennung häufig an geröteten Augen leiden . . . Wie? Erster Schmerz, meinst du?

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg